



Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Dienstag, den 25. Mai 1886.

Nr. 239.

Deutschland.

Berlin, 24. Mai. Heute Vormittag empfangen die Kaiser den neuen Kommandeur des 5. Armeekorps, General-Lieutenant von Meerscheid-Hüllessem, hatte eine Konferenz mit dem Kultus-Minister Herrn von Gopler und später mit dem Unterstaatssekretär Grafen v. Berchem, nahm den Vortrag des Oberhof- und Hausmarschalls Grafen Perponcher entgegen und arbeitete mit dem Vertreter des Chefs des Zivilkabinetts, Wirkl. Geh. Rath Anders. Demnächst wurde auch der zum Rittmeister im Thüringischen Husaren-Regiment Nr. 12 beförderte Landrath des Kreises Kalau, Herr von Mantuffel, zur Abstattung persönlicher Meldung empfangen. Um 2 1/2 Uhr folgte der Kaiser einer Einladung des Kronprinzen und der Kronprinzessin zur Feier des heutigen Geburtstages der Königin von England nach dem Neuen Palais in Potsdam, woselbst zur Feier des heutigen Tages ein größeres Diner stattfand, zu welchem etwa 90 Einladungen ergangen waren. Zugleich mit dem Kaiser hatte sich auch die Großherzogin von Baden dorthin begeben.

Die nächste Sitzung des Herrenhauses ist auf Montag, den 7. Juni, anberaumt. Die Tagesordnung ist noch nicht definitiv festgestellt, doch ist anzunehmen, daß an dem genannten Tage oder wenigstens an einem der nächstfolgenden der Gesetzentwurf über die Anstellung von Volksschullehrern in den Provinzen Posen und Westpreußen zur Beratung kommen wird. Im anderen Falle würde die Session wegen der verfassungsmäßig vorgeschriebenen einundzwanzigtägigen Frist zwischen den beiden Abstimmungen sich noch um mehr als eine Woche ausdehnen müssen.

In der Sitzung der Petitionskommission des Reichstags wurde eine Petition des Verbandes der Thierärzteevereine des deutschen Reichs, welche sich gegen die unnötigen Quälereien beim Schlachten des Viehes wendet und Abhilfe erbittet, dem Reichstagspräsidenten zur Erwägung überwiesen. Berichterstatter für das Plenum ist Abg. v. Goldbus.

Zu der russischen Kaiserreise wird heute gemeldet:

Petersburg, 24. Mai. Der Kaiser hat dem General-Admiral, Großfürsten Alexio, den Vladimirorden 1. Klasse verliehen und in einem Erlasse seine dankbare Anerkennung der Verdienste des Großfürsten um die Förderung des russischen Flottenwesens ausgesprochen.

Nikolajew, 23. Mai. Gestern Vormittags empfingen die kaiserlichen Majestäten die Ständeauschüsse des Chersonschen Gouvernements, später fand eine Truppenparade statt und besuchten sodann die kaiserlichen Herrschaften das Marinehospital und verschiedene Erbauungsanstalten. Nachmittags 4 Uhr fand der feierliche Stapellauf des Kriegsschiffes „Katharina II.“ statt. Abends war großes Diner, zu welchem die Spitzen der Behörden und verschiedene Deputationen zugezogen waren. Um 10 1/2 Uhr Abends verließ das Kaiserpaar mit den Großfürsten und Gefolge Nikolajew. An allen Orten, wo sich die Majestäten öffentlich zeigten, wurden dieselben enthusiastisch empfangen.

Moskau, 24. Mai. Der Minister des Auswärtigen v. Siers ist hier eingetroffen und im Kreml abgestiegen. Nach einer amtlichen Bekanntmachung findet am 25. Mai Vormittags großer Empfang im Kreml statt.

Die Madrider monarchistischen Zeitungen sprechen ihre Anerkennung darüber aus, daß Kaiser Wilhelm aus Anlaß der Geburt des jungen Königs von Spanien die Königin-Regentin ersucht hat, den Urheber des Attentats, das im September v. J. auf das deutsche Gesandtschaftshotel in Madrid unternommen worden ist, zu begnadigen. Die Königin-Regentin hat dem Gesuche entsprochen.

Ueber die Provinzialrathswahlen in Belgien liegen folgende telegraphische Mittheilungen vor:

Brüssel, 23. Mai. Bei den heutigen Provinzialrathswahlen wurden nach den bisher vorliegenden Resultaten 4 Progressisten mit 3600 Stimmen gewählt, außerdem haben 10 Stichwahlen zwischen Progressisten und Doktrinären stattgefunden. Die Kandidaten der Arbeiterpartei erhielten 1000 Stimmen.

Brüssel, 23. Mai. Nach dem nunmehr

vollständig vorliegenden Resultate der heutigen Provinzialrathswahlen ist hinsichtlich der Vertretung der einzelnen Parteien in den Provinzialräthen keine wesentliche Veränderung eingetreten. In den Provinzen Namur, Lüttich, Limburg, Antwerpen und den beiden Flandern halten sich die Verluste und Gewinne der einzelnen Parteien das Gleichgewicht. In Renair wurden die katholischen Deputirten durch die Liberalen ersetzt. In Mecheln herrschte große Erregung, im Uebrigen verliefen die Wahlen ohne jede Aufregung.

Die Lage in Baiern hat durch die vom König trotz aller Befürchtungen schließlich doch befohlene Verlängerung des Landtags von ihrem akuten Charakter wieder verloren. Es lagen bereits Anzeichen dafür vor, daß wenn die Unterzeichnung des Verlängerungsdekrets ausgeblieben wäre, das Ministerium diesen Umstand zum Ausgangspunkt weitergehender Entschlüsse gemacht haben würde, trotzdem oder vielleicht auch weil alle bisherigen Versuche, die Möglichkeit für eine neue Kabinettsbildung festzustellen, auf die unbedingte Weigerung aller Derer gestoßen sind, denen die Erbschaft des jetzigen Ministeriums etwa zufallen könnte. Gleichwohl erhält sich der Eindruck, daß die Dinge auf der jetzigen Bahn nicht lange mehr weiterziehen können, und es ist für die augenblickliche Lage bezeichnend, daß in einem bayerischen Blatt neulich zu lesen war: „Jeder von uns weiß, daß die kranke Kabinettskaste der Uebel größtes noch nicht ist, und doch wagt Keiner, das erlösende Wort auszusprechen.“

Der geschäftsführende Ausschuss des provisorischen Lokal-Komitees für die nationale Gewerbeausstellung im Jahre 1888 hielt, wie dem „B. L.“ mitgeteilt wird, am Sonnabend Abend unter Vorsitz des Herrn Oberbürgermeisters von Fördendek eine mehrstündige Sitzung ab, in welcher die Vorschläge der Baukommission für die Ausstellung einer Berathung unterzogen wurden. Danach soll das Ausstellungsterrain 100,000 Quadratmeter umfassen. Dieses Terrain ist in zwei Theile getheilt, in den Spreepark, welcher an den Ufern der Spree, und in den Seepark, welcher an dem dort befindlichen See belegen sein wird. In dem Spreepark wird ein großes Restaurationsgebäude Platz finden. Eine eigene Gas- und Wasserleitung soll für die Ausstellung angelegt werden. Das Ausstellungsgebäude selbst wird eine Erleuchtungs-Einrichtung nicht erhalten, da es jedwede vor Eintritt der Dunkelheit geschlossen werden soll. Dagegen werden mehrere Gebäude, wie die erwähnte Restauration, mit elektrischem Lichte versehen werden. Der Beitrag der Stadt Berlin für das Unternehmen ist auf 2 Millionen Mark angesetzt. Zur Beschleunigung der Vorbereitungen ist beschlossen worden, das große Komitee für die Ausstellung bereits zum nächsten Mittwoch einzuberufen, um über die vorerwähnten Vorschläge definitive Beschlüsse zu fassen. Das Magistrats-Kollegium wird alsdann schon in seiner nächsten ordentlichen Sitzung am Freitag sich schlüssig machen und sofort eine Vorlage an die Stadtverordneten-Versammlung ausarbeiten und versenden lassen.

Ausland.

Paris, 21. Mai. Einer Mittheilung über den Stand des Panama-Unternehmens zufolge, die ich als unbedingt zuverlässig zu betrachten Grund habe, ist in Panama bisher in der That und unter den schwierigsten Verhältnissen Großes geleistet worden und die bisher durchgeführten Arbeiten haben den Beweis erbracht, daß der Ausführung des Unternehmens eine technische Unmöglichkeit nicht entgegensteht. Es ist vielmehr mit voller Sicherheit anzunehmen, daß der Kanal vollendet werden wird. Anders stellt sich die Frage, wenn man die Zeit der Vollendung und die Kosten ins Auge faßt. Im allgemeinen kann man annehmen, daß die Vorschläge fast niemals eingehalten werden und daß derartige große Arbeiten sich immer theurer stellen, als der erste Anschlag versprach. Insofern liegt die Wahrscheinlichkeit oder mindestens starke Möglichkeit vor, daß in diesem Falle das Lotterie-Anlehen nicht anzuwenden und daß ein neuer Anruf an das Kapital nöthig werden wird. Für diese Uebersehung des Anschlages kann man aber eben so wenig bestimmte Zahlen angeben, als die Panama-Gesellschaft im Stande ist, die Innehaltung des An-

schlages nachzuweisen. Der Grund dieser Unmöglichkeit liegt daran, daß man mit einer ganz unbekanntem Größe rechnen muß, da man gar nicht absehen kann, welche technische Schwierigkeiten sich beim Durchbruch des Kulebra-Gebirges ergeben werden. Ist das Gestein feststehend, so wird das die Arbeit erleichtern und die Kosten vermindern, kommen aber Rutschungen vor, so kann das zu Mehrausgaben führen, die ganz unberechenbar sind. Auch würde hierdurch die Ausführung des Werkes verzögert werden, was um so bedenklicher ist, als die Bauzinsen schon jetzt schwer genug auf der Gesellschaft lasten. Es scheint, daß die Gesellschaft den Beweis der Innehaltung des Vorschlages dadurch erbringen will, daß sie die Verträge mit den großen Unternehmern vorlegt, die sich verpflichtet haben, die Arbeiten zu dem und dem Preise und bis zu der und der Zeit fertigzustellen. Diese Beweisführung ist aber nicht durchaus überzeugend, denn die Unternehmungsgesellschaften, die sich zum Theil mit einem riesigen Kapital unter der Form von Aktiengesellschaften gebildet haben, können sehr wohl in die Lage kommen, durch unvorhergesehene Schwierigkeiten ihre Verpflichtungen nicht einhalten zu können. Geschieht dies, so würde an die Panama-Gesellschaft die Anforderung herangetragen, neue Kapitalien flüssig zu machen, was um so schwerer sein dürfte, als die Ertragsaussichten unter einer Erhöhung des Kapitals natürlich leiden würden. Wenn demgemäß die finanziellen Aussichten des gegenwärtigen Unternehmens keineswegs über allen Zweifel erhaben sind, so ist andererseits die technische Ausführbarkeit des Kanals außer Zweifel, und wir können mit Bestimmtheit annehmen, daß er — und das ist für Europa schließlich die Hauptsache — gebaut werden wird. Selbst wenn die Gesellschaft des Herrn v. Lesseps in diesem Versuche scheitern sollte, so würde sich eine andere Gesellschaft finden, um ihre Erbschaft anzutreten, oder auch ein Staat, nämlich Nordamerika. Die Veröffentlichung des „Temps“, welche die Genehmigung des Lotterie-Anlehens wenig wahrscheinlich erscheinen läßt und thatsächlich erscheint, hat bereits einen ungünstigen Einfluß auf die Börse ausgeübt und die Panama-Papiere zum Sinken gebracht. Der „Temps“ ist nicht zum ersten Mal in die Lage versetzt worden, solche ärgerliche Veröffentlichungen zu begeben und die Angelegenheit Borgnis-Debord's ist noch im frischen Gedächtniß. Damals veröffentlichte der „Temps“ den amtlichen Bericht des Obersten Borgnis-Debord's, in welchem der bekannte Oberlieutenant Herbingen als ein unzurechnungsfähiger Trunkebold dargestellt wurde. Diese Veröffentlichung, die um so peinlicher war, als Herbingen später freigesprochen wurde, war ebenfalls nur durch Bruch des Amtsgeheimnisses erlangt und sollte ebenfalls gerichtlich verfolgt werden. Nachdem man aber längere Zeit viel von einer Anklage gesprochen hatte, schloß die Sache ein. ein Schicksal, welches wohl auch der neuesten Untersuchung vorbehalten sein wird.

Brüssel, 20. Mai. Der Ring der „Unabhängigen“, welche in Folge einer Ueberraschung und auch zum Theil aus Aerger der Gemäßigten liberalen über das Zusammengehen ihrer Kandidaten mit den Radikalen in die zweite Kammer als Vertreter Brüssels gewählt wurden und sich dort sofort zur Heerfolge des klerikalen Ministeriums schlugen, ist durch die Wahl des Bürgermeisters der Hauptstadt, Vuls, nun durchbrochen. Wenn es gilt, Banderismissen zu ersehen, der demnächst vor dem Schwurgericht unter der Anklage des Mordes erscheinen wird, wollen die Liberalen aller Schattierungen Guillery aufstellen, der zwar den Auszug der Gemäßigten aus dem liberalen Verein nicht mitgemacht, auch noch zur radikalen Partei gehört, aber persönlich friedlich angelegt und keineswegs gewillt ist, der Fahne, die Janson trägt, unbedingt zu folgen, weshalb die Stimmen auch der Gemäßigten ihm zufallen dürften. Es kommt eben viel auf die Persönlichkeit an, und das steht nun auch Janson ein, der sich einfließen den Wählern nicht mehr vorstellen will. Daß die liberale Partei nicht versteinern darf, das sehen auch die sehr Gemäßigten ein, und Guillery, früherer Kammerpräsident und Begründer der fortschrittlichen Fraktion, deren Treiben erst mit dem Aufkommen Jansons, Ferrons und Roberts ausartete, wäre der Mann, diesem Gedanken Ausdruck zu geben. Einstweilen stehen sich

die beiden liberalen Lager wieder einmal gegenüber, nämlich für die Provinzialrathswahl am 23. d., doch wird der Kampf nicht sehr scharf geführt. Einmal sind die Radikalen entmuthigt, ferner haben die beiden Vereine Pflichten der Dankbarkeit; der alte, der radikale Verein insbesondere gegen die austretenden Provinzialräthe, welche dem Vereine treu geblieben, und die Gemäßigten gegen die Schläuen, welche haben, wo der Wind herkam, und dort Dienste leisteten. Den Gemäßigten lächelt das Glück nun auch von einer andern Seite. Den Klerikalen nämlich, welche zur Kammerwahl vom letzten Dienstag alle ihre Mannen, besonders die ländlichen, aufgebieten und deshalb über 41,000 Franks für Betriebskosten aufzubringen hatten, geht für diesmal der Athem aus, und nun spielen sie die Edelmüthigen, indem sie im „Journal de Bruxelles“ ihren Wählern anrathen, in Ermangelung eigener Kandidaten für die Gemäßigten liberalen zu stimmen, da diese ja doch die staatserbaltenden Grundzüge vertreten. Die „Independance“ erinnert die frommen Wähler daran, daß, wer es bei einer Nachwahl im vorigen Jahre hören wollte, von gutmüthigen Klerikalen beim Bierisch erfuhr, sie würden für den Radikalen, nicht für den Gemäßigten stimmen, denn man müsse theilen, um zu herrschen. Und damals brachten die Klerikalen auch den Radikalen durch. Es scheint indes, daß die neue Wandlung auch ihren guten Grund hat. Die Klerikalen sollen nämlich unter der Hand vor der Stichwahl vom letzten Dienstag um die Stimmen der Radikalen mit der Zusage einer Gegenleistung geworben haben, von letztern aber mit dem Rufe „Der Klerikalismus ist der Feind!“ zurückgewiesen worden sein. So streitet man um ein Duzend Sitze im Provinzrath. Der Vollständigkeit wegen sei noch die Betätigung der Arbeiterpartei erwähnt. Drei klanglose Namen, nicht mehr, brachten die Arbeiter auf ihre Liste. Es muß sich zeigen, wie stark die Partei jetzt geworden und ob es genügt, nur für die drei zu stimmen, um denselben Gelegenheit zu geben, die Stimme des Volkes erdröhnen zu lassen. Vol-ders, der Redakteur des „Peuple“, ist dem früheren Plane entgegen nicht von den Arbeitern aufgestellt worden. In den Provinzen ist der Wahlkampf für die Provinzialräthe wenig lebhaft; man beschäftigt sich mehr mit den Kammerwahlen.

London, 21. Mai. „Vergiß, was dein Gegner vor den letzten acht Tagen gesagt hat“, sollte eigentlich der Grundsatz der christlich-politischen Nächstenliebe im englischen Parteilieben lauten. Wenn jeder, wie ein berühmter Diplomat erklärt haben soll, durch seine eigenen Worte an den Galgen gebracht werden könnte, so dürfte in England das Holz zum Galgenbau kaum ausreichen. Die gestrige Erörterung zur Erneuerung des Waffengesetzes in Irland lieferte dafür die schlagendsten Beweise. Hat nicht Gladstone während seines miltöthianischen Feldzuges die Behauptung aufgestellt, daß die Bulgaren nicht allein das Recht, sondern auch die Pflicht der Empörung gegen das türkische Joch beäßen? Und doch verdachte er es gestern Lord R. Churchill, daß derselbe die Männer von Ulster zum bewaffneten Kampfe gegen das kommende Sonder-Parlament aufforderte. Es handelte sich, wie gesagt, um die Erneuerung des Waffengesetzes für Irland. Dieses Gesetz verbietet den unerlaubten Waffenbesitz in irgend einem in Belagerungszustand versetzten Bezirke Irlands; ein Zwangsgesetz, welches ursprünglich gegen die National-Ligisten zum Schutze der Reichsgetreuen gerichtet war und jetzt zur Abwechslung gegen die aufrührerischen Reichsgetreuen zum Schutze der National-Ligisten dienen soll. Da in England wie in Irland offen für die Einrichtung eines Ulster-Heeres gesammelt wird, da in den Zeitungen Soldaten angeworben und englische Generale und Marine-Offiziere als Führer hingestellt werden, ohne daß von deren Seite ein unmittelbarer und bestimmter Widerspruch erfolgt ist, erscheint die Erneuerung des Waffengesetzes geboten, so gerig auch dessen Wirkungen in der Vergangenheit zur Verhütung von Mord und Gewalt waren und so unwahrscheinlich auch die Schilderhebung in Ulster sein mag. Unter gewöhnlichen Verhältnissen pflegen die englischen Politiker sich ihre gegenseitigen Drohungen nicht allzu sehr zu verargen. Zur

